



Nein zur Steuer-Initiative der Juso

Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung. Mit der Steuer-Initiative der Juso kommt am 26. September eine weitere für Gesellschaft und Wirtschaft schädliche Initiative zur Abstimmung. Eine breite Allianz bekämpft die 99%-Initiative der Juso.

Die Jungsozialisten ziehen einmal mehr mit klassenkämpferischer Rhetorik in den Abstimmungskampf. Das vermeintlich reichste Prozent unserer Bevölkerung soll über eine Kapitalgewinnsteuer zur Kasse gebeten werden. Die Sache hat aber mehrere Haken. Betroffen sind weite Schichten des Mittelstands.

Hier drei Gründe, die Initiative abzulehnen:

- Die Juso-Initiative ist brandgefährlich für Familienbetriebe, KMU und ihre Beschäftigten. Die neue Steuer führt zu einem massiven Kapitalabfluss, schränkt so die Investitions- und Innovationsmöglichkeiten ein und behindert ohnehin heikle Nachfolgeprozesse zusätzlich.
- Die dringend notwendige Erholung nach Corona würde akut gefährdet. Die Steuer-Initiative bedeutet eine Zusatzbelastung für jene Betriebe, die bereits durch Corona arg gebeutelt wurden. Es mutet absurd an, mit der einen Hand die KMU in dieser schwierigen Zeit mit Milliarden zu unterstützen, um ihnen mit der anderen Hand Geld und Substanz zu entziehen.
- Die Initiative bedeutet höhere Steuern für die Mittelschicht. Der Titel der sogenannten 99%-Initiative ist irreführend. Tatsächlich will die Juso auch Start-ups, Kleinsparer, Eigenheimbesitzer und Bauernfamilien bei Veräußerungen zur Kasse bitten. Die genaue Ausgestaltung ist offen, aber klar ist, breite Kreise der Mittelschicht müssten mit höheren Steuern

rechnen.

economiesuisse und eine breite Allianz aus Verbänden, Organisationen und Parteien wird die Initiative engagiert bekämpfen.

Eine Auswahl an Faktenblättern finden Sie auf unserer [Schwerpunktseite](#). Alle Informationen zur überparteilichen Kampagne sind unter www.zukunft-sichern.ch abrufbar.